

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand
für beide Teile in Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 214

Samstag, den 13. September 1930

Jahrgang 103

Der Saarbahnschutz verschwindet

Der Völkerbundsrat beschließt Zurückziehung des Bahnschutzes innerhalb 3 Monaten Generalaussprache über Paneuropa

Genf, 13. Sept. Der Völkerbundsrat hat gestern nachmittag entsprechend dem Vorschlag des Berichterstatters die Aufhebung des Saarbahnschutzes einstimmig beschlossen. Der Beschluss des Rates lautet:

1. Die gemäß seiner Entschliessung vom 12. März 1927 eingesetzten Bahnschutzgruppen sowie die Eisenbahnsortitionen aufzuheben,
2. daß diese Aufhebung innerhalb der Höchstfrist von drei Monaten, in der die von der Regierungskommission des Saargebietes in Aussicht genommenen Maßnahmen fortgeführt werden sollen, erfolgt.

Die Annahme des Berichtes erfolgte, abgesehen von zwei kurzen Erklärungen des deutschen und französischen Außenministers, ohne Aussprache.

Die deutsche Stellungnahme.

Von Seiten der deutschen Abordnung wird zu dem Beschluss des Völkerbundsrates über die Zurückziehung des Saarbahnschutzes folgendermaßen Stellung genommen:

Der Beschluss des Rates bedeutet die endgültige Zurückziehung der letzten heute noch auf deutschem Boden stehenden alliierten Truppen, die spätestens mit dem 1. Januar 1931 das Saargebiet zu verlassen haben. Die Interalliierte Bahnschutzkommission wird gleichfalls aufgehoben. Die Sicherung des Transits und des Transportverkehrs geht nunmehr ausschließlich auf die Saarregierung über. Die Entschliessung des Völkerbundsrates vom Jahre 1926, in der im Falle von Unruhen der Saarregierung das Recht zugestanden wurde, fremde Militärstreitkräfte ins Land zu rufen, wird durch die neue Entschliessung dahin abgeändert, daß die Saarregierung im Falle von Unruhen das Recht erhält, in Verfolg des ihr nach dem Versailler Vertrag zustehenden Auslegungsrechtes militärische und technische Kräfte zur Sicherung des Verkehrs kommen zu lassen.

Die Saarregierung hat damit das Recht, auch deutsche Kräfte, nötigenfalls deutsche Schutzpolizei, zum Schutze des Saargebietes anzufordern. Innerhalb der Saarregierung hat das deutsche Mitglied die Möglichkeit der Anforderung deutscher Kräfte ausdrücklich festgestellt.

Der deutsche und der französische Außenminister haben übereinstimmend hervorgehoben, daß ein Fall, in dem die Heranziehung von fremden Kräften zur Verstärkung der Gendarmerie notwendig wäre, voraussichtlich niemals eintreten wird. Von Seiten der deutschen Abordnung wird ferner darauf hingewiesen, daß im Falle einer Volksabstimmung der Saargebietes ausschließlich in den Händen der vom Völkerbundsrat eingesetzten Abstimmungskommission liegen und die Saarregierung bei Unruhen während der Abstimmung nicht die Möglichkeit haben würde, fremde Militärstreitkräfte anzufordern.

Die jetzt vom Völkerbundsrat getroffene Regelung wird von Seiten der deutschen Vertreter als eine befriedigende Regelung der Frage bezeichnet.

Die Generalaussprache im Völkerbund

Bundeskanzler Schöber für ein einiges Wirtschafts-Europa.

Wien, 13. Sept. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schöber äußerte sich in der gestrigen Völkerbundsversammlung zu den europäischen Vereinigungsbestrebungen. Er stellte dabei fest, daß Österreich, das die Folgen der Verschlagung seines Wirtschaftsgebietes zu tragen habe, für die auf die Schaffung eines großen europäischen Wirtschaftsgebietes gerichteten Vorschläge Verständnis habe. Der Plan des französischen Außenministers könne einmal dadurch verwirklicht werden, daß man versuche, alle oder fast alle Staaten Europas zu einheitlichen wirtschaftspolitischen Vereinbarungen, insbesondere zur Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote, zu einem Zollwaffenstillstand und zu einer Herabsetzung der Zollsätze zu einigen. Auf diesem Wege seien Fortschritte bei der Verschiedenheit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der europäischen Staaten jedoch nur schwer und langsam zu erreichen. Die Staaten, wie Desterreich, könnten aber nicht mehr jahrelang warten, bis diese Schwierigkeiten überwunden sei. Die Vorschläge könnten daher nicht auf dem halben Wege verwirklicht werden. Es müßten vielmehr zunächst Gruppen von Ländern mit gleichartigen Verhältnissen und einander ergänzenden Bedürfnissen gebildet werden. Die Verbindung dieser Gruppen untereinander werde dann in Wahrheit das Ziel der Briand'schen Vorschläge verwirklichen. Dieser zweite Weg scheint ungleich mehr Aussicht auf Erfolg zu haben.

Im weiteren Verlaufe der Generalaussprache auf der Völkerbundsversammlung in Genf setzte sich der belgische Außenminister für Briand's Paneuropaplan ein. Belgien wünsche die Unterordnung des Europagebietes unter die Autonomie des Völkerbundes. — Der schwedische Außenminister begrüßte die Regelung der Reparationsfrage durch die Haager Abkommen, sowie die entschiedene Stellungnahme der englischen Regierung in der Abrüstungsfrage. Er forderte Einberufung der Abrüstungskonferenz, wies auf die großen Gefahren der Weltwirtschaftskrise für Europa hin und wünschte die Beseitigung der Zollschranken. Ferner forderte er eine weitgehende wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten. — Der spanische Vertreter verlangte, daß der Abrüstungsausschuß des Völkerbundes im November seine Arbeiten abschließen solle, damit der Einberufung der Weltabrüstungskonferenz für 1931 nichts mehr entgegenstehe.

Tages-Spiegel

Der Völkerbundsrat hat einstimmig beschlossen, den Bahnschutz im Saargebiet innerhalb von drei Monaten zurückzuziehen. Seine Funktionen übernimmt die örtliche Gendarmerie.

Bundeskanzler Schöber setzte vor dem Völkerbund seine Ansichten über die Aufnahme wirtschaftlicher Verhandlungen, die zur Befriedigung Europas führen sollen, auseinander.

Das Saargebiet plant die Aufnahme einer Kommunalanleihe von 80 Millionen Mark, die in Deutschland aufgelegt werden soll.

Englische Enthüllungen über die vorgesehene Polonisierung des Danziger Korridors lenken den Blick erneut auf die schweren Gefahren im deutschen Osten.

Nach einer Mitteilung des Reichsverkehrsministers von Güericke soll zur Abstellung von Mißständen im Flugdienst ein Luftamt eingerichtet werden.

Der Wahlkampf hat seinen Höhepunkt erreicht; in Berlin fanden gestern 180 Propagandamärsche statt. Zu blutigen Zusammenstößen, bei denen 40 Personen verletzt wurden, kam es in Perleberg.

Italien und Südfrankreich wurden von schweren Unwettern heimgesucht. Aus Griechenland werden leichte Erdbeben gemeldet.

Wachsende Wohlfahrtslasten der Gemeinden

Wien, 13. Sept. Die anhaltende Ungunst der allgemeinen Wirtschaftslage, die eine ständige Ausdehnung der langfristigen Erwerbslosigkeit zur Folge hat, macht die Gemeinden in zunehmendem Maße zu Trägern der Erwerbslosenfürsorge. Von den Wohlfahrtsämtern der Städte mit mehr als 25 000 Einwohner (die zusammen 25 Millionen Einwohner haben) wurden am 31. August insgesamt 445 000 Wohlfahrts-Erwerbslose betreut.

Gegenüber dem Juli (404 000) errechnet sich eine Steigerung um 9,9 v. H., während die Zahl der in Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge Unterstützten im Reich in der gleichen Zeit nur um 2,4 v. H. anstieg. Der Kreis der Wohlfahrts-Erwerbslosen in den genannten Städten ist damit heute bereits größer als der der gesamten Krisenfürsorge im Reich. Außer den Wohlfahrts-Erwerbslosen hatten die Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern 49 000 Empfänger von Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung laufend zusätzlich zu unterstützen.

Kulturpolitik in Thüringen

Wien, 13. Sept. Dem Thüringer Landtag ist, wie Berliner Blätter aus Weimar melden, vom Staatsministerium ein Gesetzesentwurf vorgelegt worden, der eine Aenderung des Kirchengesetzes von 1922 vorsieht. Im Paragraphen 2 dieses Gesetzes soll jetzt die neue Bestimmung enthalten sein, daß die gemeinschaftliche Austrittserklärung einer gerichtlichen oder notariellen Beglaubigung bedarf. Solche sind nur für Ehegatten oder für Eltern und ihre minderjährigen Kinder zulässig. Weiterhin soll das Gesetz die neue Bestimmung enthalten, daß die Austrittserklärung erst nach Ablauf eines Monats wirksam werde, sofern sie nicht vor dem Standesbeamten oder durch eine einfache schriftliche Erklärung widerrufen wird.

Frankreichs Manöverpläne für 1931

Paris, 13. Sept. Während in Genf der Europaplan Briand's zur Verhandlung steht, kündigt der Chef des französischen Generalstabs, General Weygand, für das nächste Jahr bereits Truppenmanöver vom doppelten Umfang der diesjährigen Manöver, an denen 100 000 Mann und 400 Flugzeuge teilgenommen haben, an. Weygand begründete die Notwendigkeit dieser großen Manöver damit, daß die Ausbildung des Heeres der neuen Kriegstechnik anzupassen sei. Die Motorisierung der Truppen und die dadurch erzielte Schnelligkeit stelle ganz andere Anforderungen als etwa der Stellungskrieg der letzten Jahre des Weltkrieges. Aus der modernen Kriegstechnik ergebe sich auch die wichtige Frage der Verkehrsregelung; es bedürfe dazu besonders ausgebildeter technischer Truppen, ebenso für die Reparaturwerkstätten, Ersatzteile-Lager usw. Ebenso sei es notwendig, die Funkverbindung zwischen Heer und Flugtruppe zum Zwecke des Aufklärungsdienstes zu vervollkommen. Nur große Manöver böten die Möglichkeit zum Studium dieser Fragen und zur Behebung der noch vorhandenen Schwierigkeiten.

Polonisierungsbestrebungen im Korridor

Englische Enthüllungen über Polens Geheimpolitik

London, 13. Sept. Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht an hervorragender Stelle ein polnisches Geheimdokument, aus dem — wie das Blatt betont — einwandfrei hervorgeht, daß die polnische Vandreform im Korridor auf Grund politischer und militärischer Direktiven durchgeführt werde. In Zukunft werde es schwierig sein, die polnischen Betreibungen, daß die Agrarreform unparteiisch durchgeführt werde, hinzunehmen. Es handle sich um eine Angelegenheit, die der Völkerbundsrat untersuchen müsse.

In dem Geheimschreiben des Wojwoden Lamos aus Thorn vom 22. Dezember 1929 an den Präsidenten des Bezirkslandamtes in Graudenz wird dieser angewiesen, daß er zu der Enteignung großer Güter in den Grenzgebieten übergehen soll. Vor allen Dingen müsse der Küstenbezirk mit einem national bewußten polnischen Element besiedelt werden. In dem Geheimschreiben heißt es u. a.:

„Die Besitztümer in diesen Bezirken, die Deutschen gehören, müssen in der Regel in der Frage der Enteignung unter Artikel 5 strenger behandelt werden als andere. Geringe Ausnahmen können zwar gemacht werden, jedoch stets mit Vorsicht. Die Grenzbezirke müssen von Polen besiedelt werden, insbesondere innerhalb einer zehn Kilometer breiten Grenzzone. Der in deutscher Hand befindliche Besitz in diesem Gebiet muß vermindert werden, ohne irgendwelche Rücksicht auf seinen wirtschaftlichen Wert oder auf die Haltung der Eigentümer.“

Der Teil von Pomerellen, durch den der sog. Korridor geht, muß rücksichtslos von den größeren deutschen Besitztümern gesäubert werden.

Ausnahmen dürfen nicht gemacht werden, da der Generalsstab die Absicht hat, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes

Graudenz und seine Nachbarhaft, insbesondere gegen Norden und Nordosten bis zur Ostpreussengrenze, stark zu besetzen. Der Bezirk von Thorn innerhalb eines Umkreises von 20 Kilometer muß durch eine polnische Dorfbevölkerung gesichert werden, da Thorn der Sitz der obersten Behörde ist. Die Eisenbahnlinie Bromberg—Dirschau, die von hervorragender strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung ist, muß sicherheitsshalber durch Eigentümern gehen, das sich größtenteils in polnischen Händen befindet. Aus diesem Grund müssen die deutschen Güter unmittelbar an der Eisenbahnlinie parzelliert und größtenteils zur Verfügung polnischer Pächter gestellt werden.

Zum Schluss heißt es wörtlich: „Wegen der Notwendigkeit, die oben erwähnten politischen Erwägungen vollkommen geheimzuhalten, dürfen die wirklichen Gründe, die die Methoden und die Art der Regelung beeinflussen haben, unter keinen Umständen enthüllt werden. Es wird daher stets notwendig sein, Gründe örtlichen Charakters dafür zu finden.“

Polnische Wahlmanöver.

Dem „Börsen-Courier“ zufolge verlautet, daß die Organaktionen der Polen in Deutschland eine lebhaft propagandata ins Leben gerufen haben. Die im Ruhrgebiet lebenden Polen werden aufgefordert, sich Stimmzettel zu besorgen, um in Oberschlesien zu wählen. Es sollen den Wählern hierzu die Reisekosten nach Oberschlesien erstet werden. Der Zweck dieser Maßnahme besteht darin, der Welt vorzutäuschen, daß in Deutsch-Oberschlesien die polnischen Stimmen wieder zunehmen. Diese Versuche dürften allerdings kaum gelingen, denn die polnischen Stimmen sind seit drei Jahren dauernd im Abnehmen begriffen.

artei
ordnetel
uhr,
ehle!
b
hafi
Brüning
egung ab-
weitgehend
eintritt, die
nd Freund
ort, unsere
ermessliche
ung für die
n.
13b
ind unsere
wald.
Calw
National-
programm
nett, aber
dieser Partei
sch zur Tat
informierten
überzeugen,
rtliche Spiel
verantwortet.
nd aus dem
rtische“
nehmen.
ge!
Tees
ch, den
oder
er beim
1 blaue
gratis!
20, 4.40
3,80
der uns
unsere
-Lager
arfs
erstr. 3

Aus Stadt und Land

Calw, den 13. September 1930.

Verantwortung.

Ein Wort in letzter Stunde.

Die politische Umwälzung nach dem Krieg hat dem deutschen Volk das Recht gegeben, seine Führer selbst zu wählen. Es ist angefangen eine Entscheidung wie der morgigen eine mühsame Sache, darüber zu streiten, ob unser Volk dieser schweren Aufgabe gewachsen sei oder nicht. Die Aufgabe steht gebieterisch vor uns und will nun wieder einmal gelöst sein. Vielleicht ist im letzten Jahrzehnt noch nie eine Reichstagswahl mit so entscheidungsvoller Spannung und eben darum auch mit solcher Verantwortung geladen gewesen wie diese. Man braucht kein großer Politiker zu sein, um zu sehen: diesmal gilt's, diesmal geht es ums Ganze. Und deswegen soll auch einmal ausgesprochen werden, was in den letzten Wochen oft gesprochen und geschrieben wurde und doch nicht eindringlich genug gesagt werden kann: Wenn ein Volk so in Not ist wie das unsrige, dann kann es vor Gott und Menschen niemand verantworten, sich an einem solchen Entscheidungstag unschlüssig oder gleichgültig fernzuhalten und nicht zu wählen.

Es ist gar nicht die Absicht dieser Zeilen, für irgend eine politische Gruppe Stimmen zu werben. Aber dem Anliegen möchte Ausdruck gegeben werden, daß endlich die namenlose Gleichgültigkeit vieler Volksgenossen aufhören möge, die sich damit begnügen, über die schlechten Zeiten und Verhältnisse zu klagen, und die selbst mit keinem Finger daran mitzuschaffen gewillt sind, daß es anders werde. Man hat uns Deutschen immer Eigenbröstelei vorgeworfen. Sie zeigt sich da besonders schlimm, wo man nicht mehr Mut, Zeit und Lust hat, seinem Volk zu geben, was des Volkes ist, d. h. durch den Einsatz seiner Persönlichkeit und seiner Stimme mitzutragen an der Verantwortung für seine nächste Zukunft.

Ich habe dieses Verständnis für die vielen in unserem Volk, die trotz allem Verben der Parteien politisch heimatlos sind, weil sie innerlich mit keiner Partei ganz gehen können. Aber das entbindet sie keineswegs von der sittlichen Pflicht, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten und Parteigruppierungen dort mit Hand anzulegen, wo nach der Entscheidung ihres Gewissens die für unser Volk erspriesslichste Arbeit geleistet wird. Ich achte jeden, der — von dieser Pflicht gedrungen — zur Wahlurne schreitet, auch wenn ihn sein Gewissen anders wählen heißt als mich das meinige. Aber ich kann den nicht achten, der ohne zwingenden Grund morgen fern bleibt und sich seinem Volk versagt. Es ist kein Zeichen von frommer Innerlichkeit, gar nicht abzuschätzen, weil man als ernster Christ keinen Anteil haben mag an dem oft häßlichen und kleinlichen Streit der Parteien. Das ist vielmehr Verleumdung und Verlebung des biblischen Gebots, das gerade den Christen in der Welt zu wirken heißt als Licht und Salz und Sauererzig. Nicht um die Parteien soll es uns gehen, sondern um unser armes gedrücktes Volk. Aber weil wir ihm, so wie die Dinge liegen, morgen nicht anders dienen können als durch das gewiß unzulängliche Instrument der Parteien, darum müssen wir unsere Stimme einer Partei geben.

„Du bist der Mann“ — dieses Prophetenwort sollte Wählern und Nichtwählern heute noch einmal vor Augen stehen. Den Wählern sage es, daß ein jedes seine Entscheidung morgen so treffen soll, als hinge des ganzen Volkes Geschick und Heil daran, den Wahlmüden und Wahlträgern aber möge es zur rechten Stunde bedeuten, daß auch ihre verlorene Stimme in die Waagschale fällt, in der einst die Unterlassungssünden, an unserem Volke von seinen eigenen Gliedern in schwerster Zeit begangen, gewogen werden. Frage sich jeder, ob er es verantworten kann, diesmal abseits zu stehen. Was der morgige Tag unserem Volk bringen wird, hängt von Dir ab und von mir. Auf die Frage, wer verantwortlich einzustehen habe und für das Los unseres Vaterlandes, gibt es nur eine Antwort an Dich und mich: **Du bist der Mann!**

Stadtpfarrer Brecht-Nagold.

Vom Calwer Rathaus.

Der Gemeinderat behandelte in seiner letzten Sitzung unter Vorsitz von Stadtschultheiß Bühner zunächst Baufragen. Stadtbauamtschef Schöttle berichtete über den baulichen Zustand des in städt. Besitz befindlichen Schaalschen Hauses in der Badgasse, bei dessen Renovierung sich unerwartet schwere Schäden an Dach und Umfassungswänden ergeben haben; trotz Ausbesserung dieser Schäden tritt eine Ueberschreitung des Voranschlags nicht ein. W. Bauehle sprach sich im Interesse des Schulbetriebs für eine Beschleunigung der Ausbesserungsarbeiten aus. Bei den letzten starken Gewitterregen haben sich an mehreren Dächern Schäden ereignet. So hat sich in der Salzgasse das Pflaster geloben und ist das Wasser durch Rückstauung in Wohnhäuser eingedrungen. Ein Antrag des Stadtbauamts, an dieser Stelle ein neues Dacheindeckungsstück anzubringen, wurde genehmigt. Späterhin sollen Maßnahmen zu einer Entlastung der Salzgasse durch Wasserableitung in den Schiefgraben getroffen werden. — Regelung fand ein Geländeaustausch im oberen Teufelweggebiet, durch welchen ein neuer städt. Bauplatz gewonnen wird. Letzterer soll an Lokomotivführer Berger zu einem Bodenpreis von 250 M. pro Quadratmeter verkauft werden. — Erledigung fanden ferner Platzabtretungsbesuche am oberen Teufelweg und Abraumplatz. Um den letzten größeren städt. Bauplatz dortselbst verkaufen zu können, wurde angeregt, den auf diesem 4 Nr 60 Quadratmeter großen Platz stehenden früheren Zellmüllschuppen, der als Geräteschuppen (für Straßenreinigungsmaschinen usw.) Verwendung findet, auf den alten Abraumplatz zu versetzen. Zimmermeister Böker hat sich erboten, um 420 RM. die Arbeit durchzuführen und den Schuppen zu erweitern. Nach Stellungnahme der W. Schöll, Bauehle, Riederer und Frommer gab der Gemeinderat hierzu seine Genehmigung. — Gemeinderat Weigel regte eine Herrichtung der städt. Eisenbahn im Deländerle als Notstandsarbeit an. Angesichts des Rückgangs des Schlittschuhsports glaubte der Vorsitzende aber nicht, daß sich die Unkosten lohnen würden. — Hoteldirektor Fr. Rück von Passau will das Hotel Waldhorn zum 1. Okt. übernehmen und hat hierzu ein Wirtschaftskonzessionsgesuch eingegeben.

Dasselbe wurde befürwortet und die Bedürfnisfrage bejaht. — Die Vereinigten Deckenfabriken hatten im November 1917 der Stadtgemeinde einen Beitrag von 15 000 M. zum Bau einer für Lastwagen befahrbaren Nagold-Brücke unterhalb des Fabrikangebogens (zu erstellen in einem Zeitraum bis zu 5 Jahren nach Kriegsende) überwiesen. Die Zeitverhältnisse veranlassen nunmehr die Brückenbau. Die Ver. Deckenfabriken haben nunmehr beantragt, mit der Aufwertungssumme des seinerzeit in Kriegsleihe angelegten Beitrags einen Brückenfond zu bilden und durch jährliche Einzahlung von Staatsmitteln in absehbarer Zeit das Baugeld für die dringend notwendige Erstellung der Brücke anzufammeln. Der Gemeinderat gab seine Genehmigung zu diesem Antrag und beschloß die Bildung eines Brückenfonds mit der Summe von 2233 RM., der durch Staatsmittel zu stärken ist. — Seitens der Gewerkepolizei ist das Gesuch um Erstellung eines Hochdruckgasbehälters im Städt. Gaswerk genehmigt worden. Die Lieferung des Behälters erleidet jedoch eine Verzögerung. Wie die Lieferfirma mitteilte, hat sich ergeben, daß bei der vorgesehenen Konstruktion wohl der Druckwiderstand, aber nicht die Festigkeit des Kessels ausreichte; es müssen deshalb eiserne Verstärkungen in den Behälter eingekittet werden, was einen Mehraufwand von 1230 RM. erfordert, der von der Stadtgemeinde zu tragen ist. Die W. Schöll und Sannwald bedauern, daß der Konstruktionsmangel erst nachträglich zutage getreten sei; auch der Dampfesselsrevisionsverein, der die Pläne eingehend prüfte, hat ihn übersehen. — Die Lieferungsverträge mit den Firmen Bomag und Demag betr. die Kompressor- und Apparatlieferteilung für die Hochdruckgasbehälteranlage sind fertiggestellt und wurden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. — Genehmigung fand die Lösung eines alten städt. Rechts im Grundbuch, welches auf die Zeit des Mühlbetriebes im heutigen Elektrizitätswerk zurückreicht und die benachteiligten Nagoldanlieger benachteiligte. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß sich im Grundbuch noch viele derartige Vorrechte befinden, welche heute ihren Sinn verloren hätten; es sei den betroffenen Haus- und Grundbesitzern zu empfehlen, Lösungsanträge zu stellen. — Der Besuch der Frauennarbeitschule hat weiter nachgelassen, so daß ein Abbau der Lehrkräfte geboten ist; mit Ablauf des Kurses ist die Lehrerin Fr. Kowalek — sie erteilte den Unterricht in Kleidernähen — aus dem Lehrkörper ausgeschieden. Der Gemeinderat nahm hievon mit Bedauern über den Rückgang der Schülerinnenzahl Kenntnis. — Dankbar wurde Kenntnis genommen von zwei Vermächtnissen des verst. Fabrikanten Gustav Heinrich Wagner, worin Kleinkinderschule und Armenpflege mit je 1000 RM. bedacht sind. Das Testament tritt jedoch erst nach dem Ableben der Gattin des Verstorbenen in Wirkung. — Nach Erledigung einiger verwaltungstechnischer Fragen schloß der Vorsitzende die Sitzung; anschließend nichtöffentliche Sitzung und Sitzung der Verwaltungsabteilung.



Aus den Parteien.

Wählerversammlung der Deutschen Volks- und Staatspartei in Deckensfronn.

In Deckensfronn veranstaltete die Deutsche Volks- und Staatspartei im Saale der „Felsenburg“ eine Wählerversammlung unter Leitung von Fabrikant Koller-Calw, in welcher als Referent Herr K. a. u. Calw das Programm der vereint arbeitenden Parteien darlegte und Terror wie Katastrophopolitik der radikalen Elemente im Staate ablehnte. Seine von Sachlichkeit, Idealismus und Verständnis für das Volkswohl getragenen Ausführungen mündeten in die Forderung eines Zusammenschlusses aller staatsverhaltenden Parteien gegen das gefährliche Wirken der Umsturzparteien. Der verantwortungsbewusste Wähler habe die Pflicht, hiezu beizutragen. In der dem Referat folgenden Aussprache nahmen der mit zahlreichen Anhängern erschienene Ortsgruppenleiter der NSDAP, Calw, Rfm. W. K. Koller, Gärtnermeister Mast-Calw, Fabrikant Koller und der Referent das Wort; es kam zu scharfen Redegesetzen, bis der Versammlungsleiter der Aussprache ein Ende setzte und die Versammlung schloß. Trotzdem forderte Hauptlehrer P. v. m. r. von Deckensfronn, den Nationalsozialisten nochmals das Wort zu geben, ein Ansuchen, welches jedoch abgelehnt werden mußte. Ein darauf unternommener Versuch der NSDAP-Anhänger, anschließend eine eigene Versammlung im Nebenraum abzuhalten, mißlang infolge des Eingreifens eines Deckensfronner Bürgers.

Wählerversammlung in Bad Teinach. Im Hotel Hirsch in Bad Teinach hielten Deutsche Volks- und Staatspartei eine Wählerversammlung. Redner des

Abends war Schriftsteller Mayer aus Stuttgart, ein Angehöriger des Jungdeutschen Ordens. Die zahlreiche Zuhörerschaft spendete seinen von ehrlicher Vaterlandsliebe zeugenden Ausführungen lebhaften Beifall. Außer den Parteivertretern Fabrikdirektor Schmid und Verwaltungsaktuar Hillgardt aus Calw und Gasthofbesitzer Mörsh von Station Teinach beteiligten sich die Herren Schmid von Station Teinach, Kofeuschcr und Stepper von Bad Teinach und Hahn von Zavelstein an einer den Abend beschließenden Aussprache.

Wetter für Sonntag und Montag.

Über dem Bodenseegebiet hat sich ein Teiltief gebildet, während von Norden her Polarluft vordringt. Für Sonntag und Montag ist zunächst vorwiegend bewölkt, dann aber wieder besseres Wetter zu erwarten.

EW. Eutingen N. H. 12. Sept. Landwirt M. Zeller aus H. a. N., der am Dienstag nachmittag, wie schon berichtet, auf einem in Herrenberg gekauften ungefalteten Pferd heimwärts reitend zwischen Ergenzingen und Eutingen unterwegs war, wurde von dem durch das ungemütliche Reiten erregten Tier rücklings abgeworfen und beim Hinterausfliegen an die rechte Schläfe getroffen, was den alsbaldigen Tod des Mannes zur Folge hatte. Das weiterlaufende Pferd wurde beim Ortseingang Eutingen aufgehalten und in den Stall des Lindewirts eingestellt.

EW. Stuttgart, 11. Sept. Der Württ. Industrie- und Handelsrat, die Württ. Landwirtschaftskammer und der Württ. Handwerkskammerrat erlassen einen Aufruf, in dem es heißt:

Am Sonntag ist ein neuer Reichstag zu wählen. Arbeitslosigkeit, Finanz- und Wirtschaftsnot muß er beheben. Das Ziel kann nur erreicht werden, wenn die künftige Regierung sich auf Parteien stützt, die die Gesetze der Privatwirtschaft beachten, die öffentlichen Ausgaben abbauen und den Steuerdruck zu mildern bereit sind. Deshalb muß jeder Angehörige der Erwerbstätigen sich seiner Verantwortung dem Staat und der Volkswirtschaft gegenüber bewußt werden. Wahlrecht heißt Wahlpflicht!

wp. Stammheim N. Ludwigsb. 12. Sept. Im Gemeinderat kam einmütig zum Ausdruck, daß für die Gemeinde wegen ihrer gesamten Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen zu Stuttgart im Falle der Aufgabe der Selbstständigkeit nur eine Eingemeindung nach Stuttgart in Frage kommen könne. Diese grundsätzliche Auffassung veranlaßte den Gemeinderat, die Staatsregierung und den Landtag zu bitten, eine sofortige Eingemeindung von Stammheim nach Stuttgart auf Grund eines noch abzuschließenden Vertrages zu genehmigen.

wp. Delling N. Kirchheim, 12. Sept. Ein Einbruchdiebstahl, wie er frecher und verwegener schon lange nicht mehr in unserer Gegend vorkam, ist heute zu verzeichnen. Der alleinstehende, 69 Jahre alte Landwirt David Speiser hatte sich lange zur Ruhe begeben, als er um halb 1 Uhr in der vergangenen Nacht im Schlaf von zwei Einbrechern überfallen wurde. Diese begannen ihre Tätigkeit damit, daß sie Speiser einen Schlag auf den Kopf versetzten und ihm mit einem 15 bis 16 Meter langen Seil, das sie mitgebracht hatten, Hände und Füße zusammenbanden. Daraufhin wurde der Ueberfallene mit Bettdecken zugedeckt, um Hilferufe zu verhindern. Als Speiser trotzdem versuchte, Hilfe herbeizurufen, wurde er wiederholt geschlagen und mit Reißer betäubt. Erst als die Einbrecher nach Beendigung ihrer räuberischen Tätigkeit wieder das Weite gesucht hatten, gelang es Speiser, sich zu befreien und durch einen Nachbarn den Ortsvorsteher und die Polizei von dem Vorfalle in Kenntnis zu setzen. Die Eindringlinge erbrachen einen Sekretär, aus dem sie 800 Mark entwendeten; weiter nahmen sie aus dem Geldbeutel, den sie der Hofentasse entnahmen, 30 Mark.

EW. Ellwangen, 12. Sept. Dr. Rudolf Joespritz-Mergestetten wurde am Donnerstag durch Beschluß der Strafkammer gegen Sicherheitsleistung von 75 000 RM. wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Summe wurde von Bekräfteter Seite aufgebracht.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Dreifachkurs.		
100 holl. Gulden		169,12
100 franz. Franken		16,50
100 schwed. Franken		81,52

Börsenbericht.

EW. Stuttgart, 12. Sept. Das Geschäft an der Börse war heute unverändert still. Die Kurse waren aber ziemlich widerstandsfähig.

U. G. Berliner Produktenbörse vom 12. September.

Weizen märk. 246-251; Roggen märk. 187; Braugerste 204-222; Futtergerste 180-196; Hafer märk. 168-169; Weizenmehl 28-36,25; Roggenkleie 25-27,75; Weizenkleie 0 bis 9,25; Roggenkleie 8,25-8,50; Viktoriaerbsen 30-34; Futtererbsen 19-20; Felusfinken 21-22; Ackerbohnen 17-18; Wicken 21-23,50; Rapsfuchen 9,60-10,30; Weizenfuchen 17,50 bis 17,80; Trodenfuchsel 7,20-8; Sojabohnen 14,20-15,20. Allgemeiner Tendenz: einheitlich.

Die letzten Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Wechselkosten in Anschlag kommen. Die Schriftl.

Geschäftliches

In der Dampf-Bettfedern-Reinigung

von Karl Schwegler Badstraße, bei Zimmermeister Kirchherr, die sich im Anzeigenteil schon mehrfach empfohlen hat, herrscht jeden Tag reges Leben. Wieviele Hausfrauen bringen auf Wagen und Bagelein alte, zusammengelegene, magere Bettfedern, und ziehen nach gründlicher Reinigung der Bettfedern, die nach praktischem, neuem Verfahren vorgenommen wird, mit vollen, leichten Betten auf hochgetürmten Wagen stolz und hochbefriedigt heim. Deshalb kann die Dampf-Bettfedern-Reinigungsanstalt, die nur noch kurze Zeit hier sein wird, den Hausfrauen von nah und fern bestens empfohlen werden.

Wähler und Wählerinnen!

Am Sonntag, den 14. September 1930 steht das deutsche Volk vor sehr ernsten Entscheidungen. Es handelt sich darum: der Kurs nach Links oder Rechts gehen?

- Soll** dem deutschen Volk durch weitere Sozialisierungsexperimente von der Linken sein Vermögen genommen werden?
- Soll** die übertriebene Fürsorge, die der Wirtschaft das letzte Mark aus den Knochen nimmt, immer weiter gehen?
- Soll** die den Berufsbeamten schädliche Aufblähung neuzeitlicher Beamten-tümer durch Nichtfachleute weiter bestehen bleiben und ausgebaut werden?
- Soll** all das, was durch schweren Kampf für die Landwirtschaft erreicht worden ist, wieder verloren gehen?
- Soll** durch den Kulturbolschewismus unsere heiligsten Güter, Kirche, Schule und Familienleben vernichtet werden?
- Soll** die deutsche Landwirtschaft und mit ihm das deutsche Volk vollends zu Grunde gerichtet werden?

Wir sagen: Nein!

Der Bauer ist dazu berufen, Seite an Seite mit dem Bürgertum eine große Rechte zu bilden, die den Kampf gegen die Linke mit Erfolg aufnimmt, denn nur durch eine freie, unabhängige Landwirtschaft, die das deutsche Volk auf eigener Scholle ernährt, ist es möglich, ein freies, vom Ausland unabhängiges Deutschland zu erschaffen.

Darum Bauern und Bäuerinnen!

es geht um Eure Existenz, um Euer Haus und Hof, keines darf am Wahltag fehlen, gebt Eure Stimme geschlossen

der Liste 13 a des Bauern- und Weingärtnerbundes,

die mit dem Namen unseres seitherigen Reichs- und Landtagsabgeordneten **Wilhelm Dingler, Calw** beginnt.

Der Bezirksauschuß des Bauern- und Weingärtnerbundes.

Verbands-Handballspiel

Am Sonntag, den 14. September 1930
T. V. Altensteig I. — T. V. Calw I. (Beginn 3 Uhr)
 Freund-schaftsspiel **T. V. Altensteig II. — T. V. Calw II.** (Beginn 2 Uhr)
 Turn- und Spielplatz Hirsauerstraße.

Senden Sie Ihren im Ausland befindlichen Angehörigen das Calwer Tagblatt!

Auszu-leihen
 in Posten von 2-15 000 Mk
 sind sofort

30 000 Mk.

I. oder II. Hypothek.
 Anfragen unt. R. St. 212
 an die Gesch.-St. ds. Bl.

- SK**
Abschlag
 in
G. E. G. =
Fleisch- und
Wurst-Waren:
- Bierwurst**
 1/4 Pfd. **40** Pfg.
 - Jagdwurst**
 1/4 Pfd. **40** Pfg.
 - Braunschweiger**
Mettwurst
 1/4 Pfd. **40** Pfg.
 - Blockwurst**
 1/4 Pfd. **45** Pfg.
 - Leberwurst**
 1/4 Pfd. **20** Pfg.
 - Delikates-**
Leberwurst
 1/4 Pfd. **35** Pfg.
 - Leberwurst**
 in Dosen
 netto **400 gr. 60** Pfg.
 - Rauchfleisch**
 durchwachsen
 1/4 Pfd. **75** Pfg.
 - Delikates-**
Saftschinken
 1/4 Pfd. **55** Pfg.

Konsumverein

Nationale Volksgemeinschaft

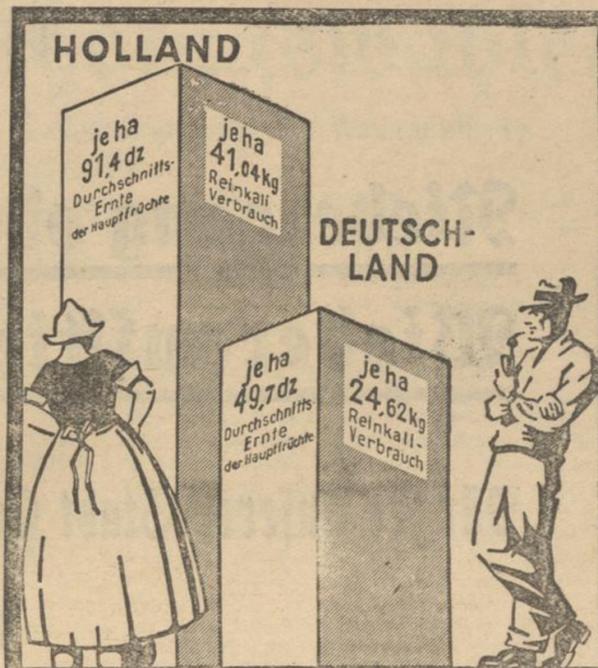
Die deutsche Volkspartei und die Deutsche Staatspartei wollen über den Weg der Reichsreform Württemberg zu einer

preussisch-berliner-Provinz

herabdrücken.

Wer für Erhaltung der Selbständigkeit des Landes Württemberg eintritt, wählt

Liste 13 b.



In Holland
 ist es längst bekannt,
 daß Kalisalz macht reich das Land
 Drum soll die Ernte Dich erfreuen.
 Mußt ebensoviel **KALI** streuen!

Auskunft in allen Düngungsfragen erteilt:
 Deutsches Kalisyndikat, Ldw. Auskunftsstelle
 Stuttgart, Mittnachtbau, Königstraße 46

Wahltag ist Zahltag!

Die Sozialdemokratie hat nach ihrem Wahlsieg im Mai 1928 zeigen können, was sie zu leisten vermag. Das Ergebnis liegt offen zu Tag. Das schlechte Gewissen hat die Führer zum Austritt aus der Reichsregierung bewogen. Die Schuld, das Reichsschiff zum zweiten Mal dem Sinken nahegebracht zu haben, wird dadurch nicht aufgehoben.

Der verdienten Niederlage

darf der Marxismus daher am 14. September nicht entgehen. Seine Niederlage allein genügt aber nicht. Verdient haben sie auch alle Parteien, die der sozialistischen Mißwirtschaft direkt oder durch Kräftezersplitterung Vorschub leisteten.

Die Führer dieser Parteien

werden die für ihre Person vielleicht Gewinn bringende, dem schaffenden und zahlenden Volk aber verderbliche Politik erst dann aufgeben, wenn die Wähler

sie dazu zwingen. Eine Abkehr von der Schaukelpolitik des „Interessentenhaufens“ bringt nur die Stärkung der

Deutschnationalen Volkspartei!

Der gefürchtete und daher am meisten bekämpfte Gegner der deutschen parlamentarischen Bonzokratie ist

Hugenberg!

Sein Sieg bedeutet Kampf gegen die unerträgliche Tributlast, Beseitigung der marxistischen Mißwirtschaft und Rettung vor dem Kulturbolschewismus.

Die Parole für den 14. September kann daher nur lauten:

Liste Nr. 2: Deutschnational!

Letzte Mahnung an alle Wähler

Die morgige Wahl ist

Schicksalswahl

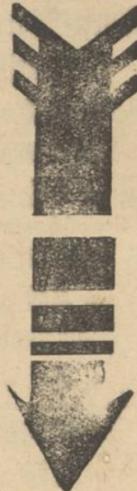
des deutschen Volkes.

Die Entscheidung geht

um

Niedergang oder
Wiederaufstieg

Bürger unserer Stadt Calw



um

Zersplitterung
oder Sammlung

Bürger unseres Bezirks

wählen geschlossen

Deutsche Volkspartei

Einheitsliste 6

Deutsche Staatspartei

Der Spitzenkandidat der D. V. P.

Herr Otto Reinath

Mitglied des Reichswirtschaftsrats und auch bisheriger Reichstagsabgeordneter
und

Herr Schriftsteller Mayer, früherer Generalsekretär der Liga zum Schutze der deutschen Kultur — Jungdeutscher Orden —

sprechen heute Samstag, den 13. September, abends 8 Uhr,
im großen Saal des Badischen Hofes

☛ Höret diese erfahrenen deutschen Männer; niemand fehle!

Einheitsliste Nr. 6

Deutsche Volkspartei

Deutsche Staatspartei

Ersthe
Täglich
der Son
Anz
a) im A
die Seite
b) im R
die Seite
Auf Sa
kommen
Für P
kann
überno
Ge
für bei

U
D

= Ver
gende Abj
Sozialdem
Deutschnat
Zentrumsp
Kommunif
Deutsche
Staatspart
Wirtschafts
Bayr. Volk
Nationalso
Landvolk
Volkrecht
Bauernpar
Landbund
Hannovera
Sächs. Lan
Konservati
Christl. V
Gesamt

Der D
Auflösung
Partei
Volksparte
ministern
der, Deut
partei
Landvolk
Mitglieder
Deutsche
Deutsch-So
ner Parte
Reichstags

Die gro
len ist das
sozialist
gleichzeitig
gungsziffer
tei der Lan
Partei, die
zahl der
doch, daß
bürgerlich
überwiege
gegeben h
mit der n
starke Ver
lamentarif
dafür sein
sozusagen
haben. W
schwele
wenn die
dem über
rechten. E
schon beur
den Erfolg
Besonders
die Staats
Stimmen
men der
Linie erhe

Das C
Stimmzun
Sozialdem
Deutschnat
Zentrumsp
Kommunif
Christlich
Einheitsli
Wirtschafts
Nationalso
Volkrecht
Deutsche
Bauern: u
Nationale
Christl.-So
Sands: un
Von 1
tze Stimm